

1979	Ausgegeben zu Bonn am 31. Mai 1979	Nr. 26
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
14. 5. 79	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen 7631-1-4	577
22. 5. 79	Dritte Verordnung zur Änderung der Bundespflegesatzverordnung (3. PflÄndV)	583
23. 5. 79	Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes und Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes	584
23. 5. 79	Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die von den Krankenkassen den freiberuflich tätigen Hebammen für Hebammenhilfe zu zahlenden Gebühren	601
25. 5. 79	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen	603
25. 5. 79	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Förderungshöchstdauer für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen (3. Förderungshöchstdauer-ÄndV)	605
23. 5. 79	Berichtigung der Neufassung der Approbationsordnung für Ärzte	609

Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 22 und Nr. 23	610
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	611

Die Anlage zur Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben.

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen

Vom 14. Mai 1979

Auf Grund des

durch § 37 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1185) eingefügten und durch Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3693) geänderten

§ 55 Abs. 2 a Satz 1 Nr. 1, 2 und 4, Satz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes — VAG — in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7631-1, veröffentlichten bereinigten Fassung in Verbindung mit dem

durch Artikel 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3139) neugefaßten

§ 1 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Durchführung der Verordnung zur Vereinheitlichung der

Versicherungsaufsicht in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7631-3, veröffentlichten bereinigten Fassung sowie in Verbindung mit

§ 25 Abs. 2 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen vom 11. Juli 1973 (BGBl. I S. 1209) — Externe RechVUVO —

wird im Benehmen mit den Aufsichtsbehörden der Länder und nach Anhörung des Versicherungsbeirats verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (Interne

RechVUVO) vom 17. Oktober 1974 (BGBl. I S. 2453; 1975 I S. 271), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 18. Juli 1977 (BGBl. I S. 1322), wird wie folgt geändert:

1. Die in § 1 aufgeführten Formblätter 150, 350, 450 und 550 werden wie folgt geändert:

a) Das Formblatt 150 wird wie folgt geändert:

aa) Das Deckblatt erhält über dem Feld für die „Art des Versicherungsgeschäfts“ ein weiteres gleichgroßes Feld mit der Anmerknungs-Nummer 7.

bb) In der Bezeichnung des Postens Nr. 120 wird das Wort „angesammelte“ durch das Wort „gutgeschriebene“ ersetzt.

cc) Folgende Anmerkung 7 wird angefügt:

„7) Wird ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft betrieben, ist auf dem Deckblatt der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Versicherungsgeschäft zusätzlich in das obere Feld die Kennzahl 1 einzusetzen.“

b) Das Formblatt 350 wird wie folgt geändert:

aa) Das Deckblatt erhält über dem Feld für die „Art des Versicherungsgeschäfts“ ein weiteres gleichgroßes Feld mit der Anmerknungs-Nummer 11.

bb) Folgende Anmerkung 11 wird angefügt:

„11) Wird ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft betrieben, ist auf dem Deckblatt der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Versicherungsgeschäft zusätzlich in das obere Feld die Kennzahl 1 einzusetzen.“

c) Das Formblatt 450 wird wie folgt geändert:

aa) Das Deckblatt erhält über den beiden Feldern für die „Art des Versicherungsgeschäfts“ und für „Versicherungszweig oder -art“ jeweils ein weiteres gleichgroßes Feld jeweils mit der Anmerknungs-Nummer 14.

bb) Folgende Anmerkung 14 wird angefügt:

„14) Wird ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft in nur einem Versicherungszweig betrieben, sind auf dem Deckblatt der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Versicherungsgeschäft zusätzlich in den oberen Feldern bei „Art des Versicherungsgeschäfts“ die Kennzahl 1 sowie bei „Versicherungszweig oder -art“ die Kennzahl des betriebenen Versicherungszweiges gemäß § 6 Anlage 1 einzusetzen. Wird ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft in meh-

ren Versicherungszweigen betrieben, sind auf dem Deckblatt der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Versicherungsgeschäft zusätzlich in den oberen Feldern bei „Art des Versicherungsgeschäfts“ die Kennzahl 1 sowie bei „Versicherungszweig oder -art“ die Kennzahl 300 einzusetzen. Wird das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft nur in jeweils einem Versicherungszweig betrieben, sind auf den Deckblättern der beiden gesonderten Gewinn- und Verlustrechnungen zusätzlich in den oberen Feldern bei „Art des Versicherungsgeschäfts“ die Kennzahl 1 bzw. 4 und bei „Versicherungszweig oder -art“ jeweils die Kennzahl des betriebenen Versicherungszweiges gemäß § 6 Anlage 1 einzusetzen. Satz 3 Halbsatz 2 gilt sinngemäß für die Versicherungsunternehmen, die entweder neben dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft in nur einem Versicherungszweig das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft in mehreren Versicherungszweigen oder die neben dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft in mehreren Versicherungszweigen das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft in nur einem Versicherungszweig betreiben.“

d) Das Formblatt 550 wird wie folgt geändert:

aa) Das Deckblatt erhält über dem Feld für den „Versicherungszweig“ ein weiteres gleichgroßes Feld mit der Anmerknungs-Nummer 9.

bb) Folgende Anmerkung 9 wird angefügt:

„9) Sofern nur ein Versicherungszweig betrieben wird, ist auf dem Deckblatt der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Versicherungsgeschäft zusätzlich in das obere Feld die Kennzahl des Versicherungszweiges gemäß § 6 Anlage 1 einzusetzen.“

2. In § 2 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Wird ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft betrieben, entfallen die gesonderten Gewinn- und Verlustrechnungen gemäß Satz 1.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Folgender neuer Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Wird ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft in nur

einem Versicherungszweig betrieben, entfallen die gesonderten Gewinn- und Verlustrechnungen gemäß Absatz 1 Nr. 1 und 2. Wird ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft in mehreren Versicherungszweigen betrieben, entfällt die gesonderte Gewinn- und Verlustrechnung gemäß Absatz 1 Nr. 1. Wird das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft nur in jeweils einem Versicherungszweig betrieben, entfallen die gesonderten Gewinn- und Verlustrechnungen gemäß Absatz 1 Nr. 2 und 5. Wird neben dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft in nur einem Versicherungszweig das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft in mehreren Versicherungszweigen betrieben, entfallen die gesonderten Gewinn- und Verlustrechnungen gemäß Absatz 1 Nr. 2. Wird neben dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft in mehreren Versicherungszweigen das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft in nur einem Versicherungszweig betrieben, entfallen die gesonderten Gewinn- und Verlustrechnungen gemäß Absatz 1 Nr. 5."

b) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Versicherungszweige des selbst abgeschlossenen und des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts mit Brutto-Beiträgen von jeweils weniger als 250 000 Deutsche Mark können in den gesondert aufzustellenden Gewinn- und Verlustrechnungen bis einschließlich Posten „versicherungstechnisches Netto-Ergebnis 2“ für die sonstige Schadenversicherung gemäß Kennzahl 290 des Abschnitts C der Anlage 1 zu § 6 Abs. 1 miterfaßt werden.

Bei Brutto-Beiträgen im selbst abgeschlossenen Kraftfahrtversicherungsgeschäft von weniger als 250 000 Deutsche Mark können die gesonderten Gewinn- und Verlustrechnungen gemäß Absatz 1 Nr. 3 entfallen.“

4. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Rückversicherungsunternehmen haben neben der Gewinn- und Verlustrechnung für das gesamte Versicherungsgeschäft gemäß § 1 zusätzlich für jeden Versicherungszweig jeweils gesonderte Gewinn- und Verlustrechnungen nach Formblatt 550 bis einschließlich Posten „versicherungstechnisches Netto-Ergebnis 2“ aufzustellen. Wird ausschließlich ein Versicherungszweig betrieben, entfällt die zusätzliche Gewinn- und Verlustrechnung gemäß Satz 1. § 3 Abs. 3 Satz 1 gilt entsprechend, sofern nicht gemäß § 5 Abs. 1 Externe RechVUVO eine gesonderte Rechnung aufzustellen ist.“

5. Nach § 5 wird folgender § 5 a eingefügt:

„§ 5 a

Die Versicherungsunternehmen können mit Einwilligung des Bundesaufsichtsamts die Formblätter für den Rechnungsabschluß gemäß den §§ 1 bis 5 unter Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen oder ähnlicher Anlagen erstellen, sofern die Ausdrucke den Formblättern nach Aufbau und Inhalt im wesentlichen entsprechen.“

6. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Abschnitt C der in Absatz 1 genannten Anlage 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Kennzahlen 1922, 1923 und 294 werden gestrichen.

bb) Folgende Kennzahlen werden eingefügt:
 „034 Probandenversicherung“
 „29112 Reisegepäckversicherung (einschließlich der Skibruch- und Camping-Versicherung)“
 29113 Kraftfahrt-Gepäck-Versicherung
 29114 Valoren-Versicherung (privat)“.

cc) Die Bezeichnungen der nachfolgenden Kennzahlen erhalten folgende Fassungen:

„1622 Weidetier-Versicherung“
 „193 Valoren-Versicherung (gewerblich)“
 „290 sonstige Schadenversicherung“
 „29207 Kraftfahrt-Pannen-Versicherung und Verkehrs-Service-Versicherung“
 „299 sonstige und nicht aufgegliederte Schadenversicherungen“
 300 Schaden- und Unfallversicherung insgesamt⁸⁾“.

dd) Die Anmerkung 8 erhält folgende Fassung:

„8) Die Schaden- und Unfallversicherung insgesamt ergibt sich wie folgt:

a) Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft — Kennzahl 1: Summe der Versicherungszweige gemäß den Kennzahlen 030 bis 050 und 070 bis 290;

b) im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft — Kennzahl 4: Summe der Versicherungszweige gemäß den Kennzahlen 010 bis 290;

c) im gesamten Versicherungsgeschäft — Kennzahl 7: Summe der unter den vorstehenden Buchstaben a) und b) genannten Versicherungszweige.“

b) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.

c) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Auf den Formblättern zum Rechnungsabschluß sind die Versicherungszweige und -arten sowie die Art und die regionale Herkunft des Versicherungsgeschäfts mit den Kennzahlen gemäß Anlage 1 zu Absatz 1 zu bezeichnen. Der Abschlußstichtag ist durch die ziffernmäßige Monatsangabe und durch die beiden letzten Ziffern der Jahreszahl zu kennzeichnen.“

7. § 7 Satz 2 wird aufgehoben.

8. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 13 erhält folgende Fassung:

„13. die Angabe der Fundstelle im Bundesanzeiger mit der Veröffentlichung gemäß § 19 Abs. 1 Externe RechVUVO,“

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für die Aufstellung des Jahresberichts gilt § 2 Externe RechVUVO und für die Erstellung der formgebundenen Erläuterungen zum Rechnungsabschluß (Nachweisungen) gemäß Absatz 1 Nr. 1 gelten die §§ 5 a und 6 Abs. 2 sinngemäß.“

9. § 9 sowie ein Teil der darin aufgeführten Nachweisungen werden wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 1 wird aufgehoben.

b) In der in Absatz 1 Nr. 6 aufgeführten Nachweisung 615 tritt in der Anmerkung 1 Satz 1 an die Stelle der bisherigen Untergliederung der Gruppe 2 die folgende Untergliederung:

„20 inländische nichtverbundene Versicherungsunternehmen	07
21 ausländische nichtverbundene Versicherungsunternehmen	08“.

Die bisherigen zur Übersicht gehörenden Zeilen 11 bis 16 werden Zeilen 09 bis 14.

c) Die in Absatz 1 Nr. 8 aufgeführte Nachweisung 620 wird wie folgt geändert:

aa) Der in Zeile 03 aufgeführte Posten „andere (freie) Rücklagen“ erhält die Anmerkungs-Nummer 9.

bb) In der Anmerkung 1 werden die Worte „, für Pensions- und Sterbekassen die Zeilen 11 bis 13 und 19 bis 23“ gestrichen.

cc) Folgende Anmerkung 9 wird angefügt:

„9) ohne den Organisationsfonds gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG in Höhe von DM

d) In der in Absatz 1 Nr. 9 aufgeführten Nachweisung 621 werden in der Anmerkung 1 Satz 1 nach den Worten „die Anteilseigner“ sowie im Satz 4 Halbsatz 1 und im Satz 6 Halbsatz 2 jeweils nach dem Wort „einzeln“ die Worte „mit ihren Anteilen“ eingefügt.

e) Folgende Absätze 4 und 5 werden eingefügt:

„(4) Für Versicherungsunternehmen, die ausschließlich die Transportversicherung betreiben und deren Brutto-Beiträge im vorausgegangenen Geschäftsjahr 1 Million Deutsche Mark nicht überstiegen haben, entfallen die formgebundenen Erläuterungen gemäß Absatz 1 Nr. 7, 11 bis 13.

(5) Für Pensions- und Sterbekassen entfällt die formgebundene Erläuterung gemäß Absatz 1 Nr. 8.“

f) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 6.

10. In § 10 werden die Worte „Formblatt 150 oder 350 bis einschließlich Zwischensumme 3“ durch die Worte „Formblatt 150 bis einschließlich Zwischensumme 3, nach Formblatt 350 bis einschließlich Zwischensumme 2“ ersetzt.

11. § 11 sowie darin aufgeführte Nachweisungen werden wie folgt geändert:

a) Die Nummern 1, 4 bis 6 werden aufgehoben.

b) In der in Nummer 2 aufgeführten Nachweisung 121 werden die Zeilen 12 und 13 durch folgende Zeilen 12 bis 14 ersetzt:

„davon festgelegt für	
noch nicht zugeteilte laufende Überschußanteile	12
noch nicht zugeteilte Schlußüber- schußanteile	13

darüber hinaus geschäftsplanmäßig gebundene Teile der RfB für künftige, noch nicht festgelegte Schlußüberschußanteile 14“.

Die Betragsspalten erhalten in den Zeilen 13 und 14 jeweils ein Pluszeichen. Die bisherigen Zeilen 14 bis 17 werden Zeilen 15 bis 18. Im Text der Zeile 18 wird die Zahl „14“ durch die Zahl „15“ ersetzt.

c) Die in Nummer 3 aufgeführte Nachweisung 160 sowie die in den Nummern 8 bis 15 aufgeführten Nachweisungen 190 bis 197 erhalten die in der Anlage *) veröffentlichten Fassungen.

d) Nummer 9 erhält folgende Fassung:

„9. Zusammensetzung der verdienten Brutto-Beiträge sowie Entwicklung der Deckungsrückstellung — saldiert um die Ansprüche für geleistete, rechnermäßig gedeckte Abschlußkosten — für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft gemäß Nachweisung 191,“.

e) Die in Nummer 17 aufgeführte Nachweisung 199 wird wie folgt geändert:

aa) Der in Zeile 06 aufgeführte Posten „Sonstiges“ erhält die Anmerkungs-Nummer 3.

*) Die Anlage wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil I wird der Anlageband auf Anforderung kostenlos zugestellt.

- bb) Der in Zeile 11 aufgeführte Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ erhält an Stelle der Anmerkungs-Nummer 3 die Anmerkungs-Nummer 4.
- cc) Folgende Anmerkung 3 wird eingefügt:
- „3) soweit ein Organisationsfonds aufgelöst wird, ist der entsprechende Teilbetrag aus Formblatt 150 Zeile 903 Spalte 2 unter diesem Posten mit zu erfassen“.
- dd) Die bisherige Anmerkung 3 wird Anmerkung 4.
12. § 12 Nr. 2 und 7 werden aufgehoben.
13. § 13 sowie eine darin aufgeführte Nachweisung werden wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Nr. 4 wird aufgehoben.
- b) In der in Absatz 1 Nr. 6 aufgeführten Nachweisung 391 wird folgende Zeile 13 eingefügt:
- „rechnungsmäßiger Ertrag zur Deckung des Schadenregulierungsaufwands 13“.
- Die Betragsspalten 01 bis 05 erhalten in dieser Zeile jeweils ein Minuszeichen. Die bisherigen Zeilen 13 bis 21 werden Zeilen 14 bis 22.
14. § 14 sowie darin aufgeführte Nachweisungen werden wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Nr. 3 wird aufgehoben.
- b) In den in Absatz 1 Nr. 8 aufgeführten Nachweisungen 464 bis 468 wird der Anmerkung 1 folgender Satz 2 angefügt:
- „Der Brutto-Schadenaufwand enthält auch die Aufwendungen für die Schadenregulierung.“
- c) Die in Absatz 1 Nr. 9 aufgeführte Nachweisung 469 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Abschnitte 1 und 2 erhalten jeweils die Anmerkungs-Nummer 7.
- bb) Folgende Anmerkung 7 wird angefügt:
- „7) einschließlich der Aufwendungen für die Schadenregulierung“.
- d) Die in Absatz 1 Nr. 10 aufgeführte Nachweisung 470 wird wie folgt geändert:
- aa) In den Zeilen 02, 07, 12, 17, 22, 27, 32 und 37 erhält die Spalte 10 jeweils in der linken Hälfte die Ergänzung „(....)“ mit der Anmerkungs-Nummer 11.
- bb) Der Anmerkung 1 wird folgender Satz 3 angefügt:
- „Die Angaben für die einzelnen Schadenjahrgänge und Bilanzjahre enthalten auch die Aufwendungen für Spätschäden und für die Schadenregulierung.“
- cc) Folgende Anmerkung 11 wird angefügt:
- „11) In den Klammern sind — beschränkt auf die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung — jeweils die Anzahl der am Ende des Geschäftsjahres noch unerledigten Versicherungsfälle für die einzelnen Schadenjahrgänge anzugeben.“
- e) Die in Absatz 1 Nr. 11 aufgeführte Nachweisung 471 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Überschriften der Spalten 01 bis 05, 06 bis 10, 18 bis 22 und 28 bis 32 erhalten jeweils die Anmerkungs-Nummer 3.
- bb) Folgende Anmerkung 3 wird angefügt:
- „3) einschließlich der Aufwendungen für die Schadenregulierung“.
- f) Die in Absatz 1 Nr. 12 aufgeführte Nachweisung 472 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Überschriften der Spalten 01 bis 05, 06 bis 10, 11 bis 15 und 16 bis 20 erhalten jeweils die Anmerkungs-Nummer 2.
- bb) Die Überschriften der Spalten 01 bis 05, 06 bis 10 und 16 bis 20 erhalten zusätzlich jeweils die Anmerkungs-Nummer 3.
- cc) Folgende Anmerkungen 2 und 3 werden angefügt:
- „2) einschließlich Spätschäden
3) einschließlich der Aufwendungen für die Schadenregulierung“.
- g) In der in Absatz 1 Nr. 13 aufgeführten Nachweisung 473 wird folgende Zeile 22 (mit Betragsangabe nur in Spalte 06) eingefügt:
- „Rückstellung für Spätschäden 22“.
- Die bisherige Zeile 22 wird Zeile 23.
- h) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
- „(3) Für die in § 9 Abs. 4 genannten Versicherungsunternehmen entfallen die formgebundenen Erläuterungen gemäß Absatz 1 Nr. 1, 2, 4, 5, 7, 9, 11, 12 und 14.“
15. In § 16 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:
- „Für die in § 9 Abs. 4 genannten Versicherungsunternehmen entfallen die nicht formgebundenen Erläuterungen gemäß Absatz 1 Nr. 7 und 8.“
16. § 17 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 4 Buchstabe b werden die Worte „in zehnfacher Ausfertigung“ durch die Worte „in siebenfacher Ausfertigung“ ersetzt.
- b) In Nummer 5 Buchstabe c werden die Worte „in zehnfacher Ausfertigung“ durch die Worte „in siebenfacher Ausfertigung“ ersetzt.

- c) Nummer 6 Buchstabe a erhält folgende Fassung:
 „a) von den Lebensversicherungsunternehmen die Unterlagen gemäß § 11 Nr. 2, 8 bis 17 in dreifacher Ausfertigung,“.
- d) Nummer 7 erhält folgende Fassung:
 „7. unverzüglich die Unterlage gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 13 in einfacher Ausfertigung.“
17. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 Nr. 4 und 5 erhalten folgende Fassungen:
 „4. die Unterlage gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 12 hat den §§ 20 und 21 Externe RechVUVO zu entsprechen;
 5. die Veröffentlichung gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 13 hat § 22 Abs. 1 Unterabsätzen 2 und 3 Externe RechVUVO zu entsprechen.“
- b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
 „(3) Zusätzlich haben die ausländischen Versicherungsunternehmen für das gesamte Versicherungsgeschäft folgende Unterlagen einzureichen:
 1. den im Sitzland veröffentlichten Rechnungsabschluß und Jahresbericht
 a) unverändert in der Frist des § 17 Abs. 1 Nr. 4 in doppelter Ausfertigung,
 b) übersetzt in die deutsche Sprache in der Frist des § 17 Abs. 1 Nr. 5 in siebenfacher Ausfertigung;
 2. den der Aufsichtsbehörde im Sitzland vorgelegten Bericht unverändert in der Frist des § 17 Abs. 1 Nr. 5 in einfacher Ausfertigung;
 3. die Angabe der Fundstelle im Bundesanzeiger mit der Veröffentlichung gemäß § 22 Abs. 1 Unterabsatz 1 Externe RechVUVO in der Frist des § 17 Abs. 1 Nr. 7 in einfacher Ausfertigung.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 7 des Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3693) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Die hierdurch geänderte Fassung der Internen RechVUVO gilt erstmals für den Rechnungsabschluß und den Jahresbericht des ersten Geschäftsjahres, das nach dem 30. Juni 1977 begonnen hat.

Berlin, den 14. Mai 1979

Der Präsident
 des Bundesaufsichtsamtes
 für das Versicherungswesen
 Dr. Rieger

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Bundespflegesatzverordnung
(3. PflÄndV)**

Vom 22. Mai 1979

Auf Grund des § 16 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze – Krankenhausfinanzierungsgesetz – vom 29. Juni 1972 (BGBl. I S. 1009) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

In § 18 Abs. 4 der Bundespflegesatzverordnung vom 25. April 1973 (BGBl. I S. 333, 419), zuletzt geändert durch § 11 der Verordnung vom 10. April 1978 (BGBl. I S. 473), erhält Satz 4 folgende Fassung:

„Abweichend von Satz 1 bis 3 ist bei der Pflegesatzfestsetzung ein anderer Betrag zugrunde zu legen, soweit dies bei sparsamer Wirtschaftsführung des Krankenhauses unter Berücksichtigung seiner Aufgaben notwendig oder ausreichend ist; dieser Betrag darf den sich nach Satz 1 bis 3 ergebenden oder den für das Jahr 1978 abweichend geltenden Betrag jedoch für das Jahr

1979 nicht um mehr als fünfzehn vom Hundert, für das Jahr 1980 nicht um mehr als dreißig vom Hundert übersteigen.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 31 Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1979 in Kraft.

(2) Beträge, um die sich bei Anwendung des Artikels 1 für die Vergangenheit der für die Ermittlung der Pflegesätze maßgebende Ansatz der Selbstkosten verändert, sind erst bei einer Festsetzung oder Änderung der Pflegesätze nach Verkündung dieser Verordnung zu berücksichtigen; die Pflegesätze dürfen aus diesem Grund nicht rückwirkend verändert werden.

Bonn, den 22. Mai 1979

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

**Sechzehnte Verordnung
zur Änderung der Ersten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes
und
Siebzehnte Verordnung
zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes**

Vom 23. Mai 1979

Auf Grund der §§ 27, 42 Abs. 1 und 3, §§ 126 und 166 b des Bundesentschädigungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 251-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, von denen die §§ 27, 42 Abs. 1 und 3 und § 126 durch das BEG-Schlußgesetz vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1315) geändert und § 166 b durch das gleiche Gesetz eingefügt worden sind, verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Änderung der 1. DV-BEG

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung der Verordnung vom 13. April 1966 (BGBl. I S. 292, 393), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3117), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 2 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. die Pflegekinder, die der Verfolgte in seine Wohnung aufgenommen hatte und für deren Unterhalt und deren Erziehung nicht von anderer Seite laufend

	ein höherer Betrag als 125,— Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Juli 1967	ein höherer Betrag als 150,— Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1971	ein höherer Betrag als 200,— Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Februar 1977	ein höherer Betrag als 360,— Deutsche Mark monatlich und
ab 1. März 1978	ein höherer Betrag als 430,— Deutsche Mark monatlich

gezahlt wird.“

2. § 7 Abs. 1 Nr. 2 1. Halbsatz erhält folgende Fassung:

„2. wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd erwerbsunfähig sind, sofern die dauernde Erwerbsunfähigkeit vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetreten ist, ohne Rücksicht auf das Lebensalter, wenn sie nicht ein eigenes Einkommen

	von mehr als 125,— Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Juli 1967	von mehr als 150,— Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Januar 1971	von mehr als 200,— Deutsche Mark monatlich,
ab 1. Februar 1977	von mehr als 360,— Deutsche Mark monatlich und
ab 1. März 1978	von mehr als 430,— Deutsche Mark monatlich

haben;“.

3. § 13 Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag von 150 Deutsche Mark, ab 1. September 1965 von 200 Deutsche Mark, ab 1. September 1969 von 250 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1972 von 300 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1974 von 350 Deutsche Mark, ab 1. Februar 1976 von 400 Deutsche Mark und ab 1. März 1978 von 450 Deutsche Mark monatlich übersteigen.“

4. § 18 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

- „4. für Pflegekinder auch mit dem Ende des Monats, der dem Monat folgt, in dem für ihren Unterhalt und ihre Erziehung von anderer Seite laufend
- | | |
|--------------------|--|
| ab 1. Juli 1967 | ein höherer Betrag als 125,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. Januar 1971 | ein höherer Betrag als 150,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. Februar 1977 | ein höherer Betrag als 200,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. März 1978 | ein höherer Betrag als 360,— Deutsche Mark monatlich und |
| | ein höherer Betrag als 430,— Deutsche Mark monatlich |
- gezahlt wird.“

5. § 19 Abs. 1 Nr. 4 und 5 erhält folgende Fassung:

- „4. den Fortfall der Erwerbsunfähigkeit im Falle des § 7 Abs. 1 Nr. 2 und den Bezug eines Einkommens
- | | |
|--------------------|--|
| ab 1. Juli 1967 | von mehr als 125,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. Januar 1971 | von mehr als 150,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. Februar 1977 | von mehr als 200,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. März 1978 | von mehr als 360,— Deutsche Mark monatlich und |
| | von mehr als 430,— Deutsche Mark monatlich, |

5. die Zahlung eines Betrages

- | | |
|--------------------|--|
| ab 1. Juli 1967 | von mehr als 125,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. Januar 1971 | von mehr als 150,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. Februar 1977 | von mehr als 200,— Deutsche Mark monatlich, |
| ab 1. März 1978 | von mehr als 360,— Deutsche Mark monatlich und |
| | von mehr als 430,— Deutsche Mark monatlich |

im Falle des § 5 Abs. 2 Nr. 5,“

6. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM
die Witwe	304	316	329	345	373	418
den Witwer	304	316	329	345	373	418
die Vollwaise	153	159	165	173	187	209
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115	120	125	131	141	158
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85	88	92	96	104	116
die dritte und jede folgende Halbwaise je	76	79	82	86	93	104
den elternlosen Enkel	153	159	165	173	187	209
die Eltern oder Adoptiv- eltern zusammen	229	238	248	260	281	315
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil	153	159	165	173	187	209

	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	ab 1. 3. 1978 DM
die Witwe	451	494	553	586	642	706	755
den Witwer	451	494	553	586	642	706	755
die Vollwaise	226	247	277	294	322	354	379
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	171	187	209	222	243	267	286
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	125	137	153	162	177	195	209
die dritte und jede folgende Halbwaise je	112	123	138	146	160	176	188
den elternlosen Enkel	226	247	277	294	322	354	379
die Eltern oder Adoptiv- eltern zusammen	340	372	417	442	484	532	569
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil	226	247	277	294	322	354	379."

7. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält folgende Fassung:

„Anlage 1
zu § 10 der 1. DV-BEG

Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst DM	Mittlerer Dienst DM	Gehobener Dienst DM	Höherer Dienst DM
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8. 1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31. 12. 1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9. 1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6. 1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	bis 31. 3. 1969	9 448	11 353	17 723	25 777
	bis 31. 8. 1969	10 848	13 629	19 878	27 887
	bis 31. 12. 1970	12 115	15 108	21 738	29 995
	bis 31. 12. 1971	13 440	17 505	23 983	34 178
	bis 31. 12. 1972	14 563	18 919	25 818	35 960
	bis 31. 12. 1973	16 021	20 703	28 093	38 625
	bis 31. 12. 1974	18 062	22 891	31 051	41 960
bis 31. 1. 1976	19 146	24 264	32 914	44 058	
bis 31. 1. 1977	20 107	25 357	34 417	45 767	
bis 28. 2. 1978	21 148	26 668	36 177	47 926	
ab 1. 3. 1978	22 079	27 823	37 751	50 015	

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
		DM	DM	DM	DM
2. Unfallruhegehalt (66 $\frac{2}{3}$ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
	bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
	bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
	bis 31. 8. 1965	4 951	6 247	9 473	14 849
	bis 31. 12. 1965	5 600	6 728	10 504	15 500
	bis 30. 9. 1966	5 824	6 997	10 924	16 120
	bis 30. 6. 1968	6 057	7 277	11 361	16 603
	bis 31. 3. 1969	6 299	7 568	11 815	17 184
	bis 31. 8. 1969	7 232	9 086	13 252	18 591
	bis 31. 12. 1970	8 077	10 072	14 492	19 997
	bis 31. 12. 1971	8 959	11 669	15 987	22 783
	bis 31. 12. 1972	9 709	12 613	17 212	23 973
	bis 31. 12. 1973	10 681	13 802	18 729	25 750
	bis 31. 12. 1974	12 041	15 261	20 701	27 973
bis 31. 1. 1976	12 764	16 176	21 943	29 372	
bis 31. 1. 1977	13 405	16 905	22 945	30 511	
bis 28. 2. 1978	14 099	17 779	24 118	31 951	
ab 1. 3. 1978	14 719	18 549	25 167	33 343	
3. Witwengeld (60% aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992
	bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	bis 30. 6. 1962	2 380	3 275	5 059	7 931
	bis 28. 2. 1963	2 522	3 471	5 312	8 327
	bis 30. 9. 1964	2 750	3 471	5 312	8 327
	bis 31. 8. 1965	2 971	3 748	5 684	8 909
	bis 31. 12. 1965	3 360	4 037	6 302	9 300
	bis 30. 9. 1966	3 494	4 198	6 554	9 672
	bis 30. 6. 1968	3 634	4 366	6 817	9 962
	bis 31. 3. 1969	3 779	4 541	7 089	10 311
	bis 31. 8. 1969	4 339	5 452	7 951	11 155
	bis 31. 12. 1970	4 846	6 043	8 695	11 998
	bis 31. 12. 1971	5 376	7 008	9 600	13 668
	bis 31. 12. 1972	5 832	7 572	10 332	14 388
	bis 31. 12. 1973	6 408	8 280	11 232	15 456
	bis 31. 12. 1974	7 224	9 156	12 420	16 788
bis 31. 1. 1976	7 656	9 708	13 164	17 628	
bis 31. 1. 1977	8 040	10 140	13 764	18 312	
bis 28. 2. 1978	8 460	10 668	14 472	19 176	
ab 1. 3. 1978	8 832	11 136	15 096	20 004	

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
		DM	DM	DM	DM
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965
	bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
	bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
	bis 31. 8. 1965	1 485	1 874	2 842	4 455
	bis 31. 12. 1965	1 680	2 018	3 151	4 650
	bis 30. 9. 1966	1 747	2 099	3 277	4 836
	bis 30. 6. 1968	1 817	2 183	3 408	4 981
	bis 31. 3. 1969	1 890	2 271	3 545	5 155
	bis 31. 8. 1969	2 170	2 726	3 976	5 577
	bis 31. 12. 1970	2 423	3 022	4 348	5 999
	bis 31. 12. 1971	2 688	3 504	4 800	6 840
	bis 31. 12. 1972	2 916	3 792	5 172	7 200
	bis 31. 12. 1973	3 204	4 140	5 616	7 728
	bis 31. 12. 1974	3 612	4 584	6 216	8 388
	bis 31. 1. 1976	3 828	4 848	6 588	8 808
	bis 31. 1. 1977	4 020	5 076	6 888	9 156
	bis 28. 2. 1978	4 236	5 340	7 236	9 588
ab 1. 3. 1978	4 416	5 568	7 548	10 008."	

Artikel 2

Anderung der 2. DV-BEG

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung der Verordnung vom 31. März 1966 (BGBl. I S. 285), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3117), wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag von 150 Deutsche Mark, ab 1. September 1965 von 200 Deutsche Mark, ab 1. September 1969 von 250 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1972 von 300 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1974 von 350 Deutsche Mark, ab 1. Februar 1976 von 400 Deutsche Mark und ab 1. März 1978 von 450 Deutsche Mark monatlich übersteigen.“

2. § 21 a erhält folgende Fassung:

„21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente (§ 32 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM
von 25 bis 39 v. H.	153	159	165	173	187	209	226
von 40 bis 49 v. H.	191	199	207	217	234	262	283
von 50 bis 59 v. H.	229	238	248	260	281	315	340
von 60 bis 69 v. H.	266	277	288	302	326	365	394
von 70 bis 79 v. H.	304	316	329	345	373	418	451
von 80 und mehr v. H.	380	395	411	431	465	521	563

	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	ab 1. 3. 1978 DM
von 25 bis 39 v. H.	247	277	294	322	354	379
von 40 bis 49 v. H.	310	347	368	403	443	474
von 50 bis 59 v. H.	372	417	442	484	532	569
von 60 bis 69 v. H.	431	483	512	561	617	660
von 70 bis 79 v. H.	494	553	586	642	706	755
von 80 und mehr v. H.	616	690	731	800	879	941."

3. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	ab 1. 3. 1978 DM
354	368	383	401	433	485	524	574	643	682	747	821	878."

4. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu den §§ 13 und 14) erhält folgende Fassung:

„Anlage

zu den §§ 13 und 14 der 2. DV-BEG

Besoldungsübersicht

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr DM
		1. Dienst Einkommen jährlich	bis 30. 9. 1951	2 400	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000
Einfacher Dienst	bis 31. 3. 1953	2 784	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508
	bis 30. 6. 1962	4 868	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949
	bis 28. 2. 1963	5 160	5 160	5 446	5 734	6 020	6 306	6 306	6 306
	bis 30. 9. 1964	5 160	5 160	5 472	5 784	6 096	6 408	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	5 573	5 573	5 910	6 247	6 584	6 921	7 258	7 426
	bis 31. 12. 1965	6 108	6 490	6 872	7 254	7 636	8 018	8 400	8 400
	bis 30. 9. 1966	6 352	6 750	7 147	7 544	7 941	8 339	8 736	8 736
	bis 30. 6. 1968	6 606	7 020	7 433	7 846	8 259	8 673	9 085	9 085
	bis 31. 3. 1969	6 870	7 301	7 730	8 160	8 589	9 020	9 448	9 448
	bis 31. 8. 1969	8 040	8 604	9 168	9 732	10 284	10 848		
	bis 31. 12. 1970	9 108	9 708	10 308	10 920	11 520	12 120		
	bis 31. 12. 1971	10 236	10 872	11 520	12 156	12 804	13 440		
	bis 31. 12. 1972	11 220	11 892	12 552	13 224	13 896	14 568		
	bis 31. 12. 1973	12 468	13 176	13 884	14 604	15 312	16 020		
	bis 31. 12. 1974	14 460	15 180	15 900	16 620	17 340	18 060		
	bis 31. 1. 1976	15 324	16 092	16 848	17 616	18 384	19 152		
bis 31. 1. 1977	16 296	17 064	17 820	18 588	19 344	20 112			
bis 28. 2. 1978	17 136	17 940	18 744	19 548	20 352	21 144			
ab 1. 3. 1978	17 892	18 732	19 572	20 400	21 240	22 080			

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr DM
2. Dienstekommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336
	bis 31. 12. 1955	3 696	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624
	bis 31. 5. 1960	4 774	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580
	bis 30. 6. 1962	5 517	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186
	bis 28. 2. 1963	5 848	5 848	6 414	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 30. 9. 1964	6 120	6 120	6 552	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 31. 8. 1965	6 610	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371
	bis 31. 12. 1965	7 176	7 662	8 148	8 634	9 120	9 606	10 092	10 092
	bis 30. 9. 1966	7 463	7 968	8 474	8 979	9 485	9 990	10 496	10 496
	bis 30. 6. 1968	7 762	8 287	8 813	9 338	9 864	10 390	10 916	10 916
	bis 31. 3. 1969	8 072	8 618	9 166	9 712	10 259	10 806	11 353	11 353
	bis 31. 8. 1969	8 664	9 660	10 656	11 652	12 636	13 632		
	bis 31. 12. 1970	9 780	10 848	11 916	12 984	14 052	15 108		
	bis 31. 12. 1971	11 064	12 348	13 644	14 928	16 212	17 508		
	bis 31. 12. 1972	12 216	13 548	14 892	16 236	17 580	18 924		
	bis 31. 12. 1973	13 584	15 012	16 428	17 856	19 284	20 700		
	bis 31. 12. 1974	15 576	17 040	18 504	19 968	21 432	22 896		
bis 31. 1. 1976	16 500	18 060	19 608	21 156	22 716	24 264			
bis 31. 1. 1977	17 460	19 044	20 616	22 200	23 784	25 356			
bis 28. 2. 1978	18 348	20 016	21 672	23 340	25 008	26 664			
ab 1. 3. 1978	19 140	20 868	22 608	24 348	26 088	27 828			
3. Dienstekommen jährlich Gehobener Dienst	bis 30. 9. 1951	3 600	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
	bis 31. 12. 1955	4 752	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31. 3. 1957	5 184	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31. 5. 1960	5 928	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31. 12. 1960	6 343	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	bis 30. 6. 1962	6 850	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
	bis 28. 2. 1963	7 261	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 30. 9. 1964	7 661	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 31. 8. 1965	8 274	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209
	bis 31. 12. 1965	9 684	10 587	11 490	12 393	13 296	14 198	15 100	15 100
	bis 30. 9. 1966	10 071	11 010	11 950	12 889	13 828	14 766	15 704	15 704
	bis 30. 6. 1968	10 474	11 450	12 428	13 405	14 381	15 357	16 332	16 332
	bis 31. 3. 1969	10 893	11 908	12 925	13 941	14 956	15 971	16 985	16 985
	bis 31. 8. 1969	11 832	13 272	14 712	16 152	17 592	19 032		
	bis 31. 12. 1970	13 056	14 580	16 092	17 616	19 128	20 652		
	bis 31. 12. 1971	14 700	16 272	17 844	19 404	20 976	22 548		
	bis 31. 12. 1972	16 152	17 784	19 404	21 024	22 644	24 264		
	bis 31. 12. 1973	17 844	19 560	21 276	22 980	24 696	26 412		
	bis 31. 12. 1974	19 836	21 708	23 580	25 452	27 324	29 184		
bis 31. 1. 1976	21 024	23 004	24 996	26 976	28 956	30 936			
bis 31. 1. 1977	21 948	23 988	26 040	28 092	30 132	32 184			
bis 28. 2. 1978	23 052	25 164	27 288	29 400	31 524	33 648			
ab 1. 3. 1978	24 036	26 220	28 416	30 612	32 808	34 992			
4. Dienstekommen jährlich Höherer Dienst	bis 30. 9. 1951	4 900	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
	bis 31. 3. 1953	5 684	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
	bis 31. 12. 1955	6 468	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31. 3. 1957	7 056	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2	bis zum voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr DM	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr DM
	bis 31. 5. 1960	7 448	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808
bis 31. 12. 1960	7 969	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
bis 30. 6. 1962	8 607	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826
bis 30. 9. 1964	9 123	9 123	11 171	13 095	14 844	16 835	18 825	20 817
bis 31. 8. 1965	9 853	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274
bis 31. 12. 1965	13 994	15 177	16 360	17 543	18 726	19 909	21 092	22 274
bis 30. 9. 1966	14 554	15 784	17 014	18 245	19 475	20 705	21 936	23 165
bis 30. 6. 1968	15 136	16 415	17 695	18 975	20 254	21 326	22 594	23 860
bis 31. 3. 1969	15 741	17 072	18 403	19 734	20 963	22 072	23 385	24 695
bis 31. 8. 1969	16 704	18 372	20 040	21 708	23 364	25 032	26 700	
bis 31. 12. 1970	18 144	19 872	21 612	23 352	25 080	26 820	28 560	
bis 31. 12. 1971	19 908	22 044	24 180	26 316	28 452	30 588	32 724	
bis 31. 12. 1972	21 564	23 688	25 824	27 960	30 084	32 220	34 356	
bis 31. 12. 1973	23 592	25 788	27 984	30 180	32 376	34 572	36 780	
bis 31. 12. 1974	26 064	28 404	30 756	33 096	35 448	37 788	40 140	
bis 31. 1. 1976	27 624	30 048	32 460	34 884	37 308	39 720	42 144	
bis 31. 1. 1977	28 788	31 284	33 780	36 264	38 760	41 256	43 740	
bis 28. 2. 1978	30 252	32 808	35 352	37 896	40 440	42 984	45 528	
ab 1. 3. 1978	31 464	34 092	36 708	39 324	41 952	44 568	47 184."	

Artikel 3

Änderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung der Verordnung vom 28. April 1966 (BGBl. I S. 300), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Dezember 1977 (BGBl. I S. 3117), wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

„§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 83 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	ab 1. 3. 1978 DM
1 030	1 066	1 112	1 190	1 309	1 374	1 471	1 605	1 686	1 750	1 821	1 888."

2. § 24 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der monatliche Freibetrag nach § 85 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	ab 1. 3. 1978 DM
240	250	260	272	294	329	355	389	436	462	485	509	532."

3. § 33 Abs. 4 wird durch folgenden Satz 13 ergänzt:

„Die sich nach Satz 12 ergebenden Rentenbeträge bis 1 200 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. März 1978 um weitere 4,2 v. H. erhöht; Rentenbeträge ab 1 201 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. März 1978 um 3,7 v. H., mindestens jedoch um einen monatlichen Betrag von 50 Deutsche Mark erhöht, wobei der Höchstbetrag von 1 888 Deutsche Mark nicht überschritten werden darf.“

4. § 33 a erhält folgende Fassung:

„§ 33 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 95 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	ab 1. 3. 1978 DM
1 030	1 066	1 112	1 190	1 309	1 374	1 471	1 605	1 686	1 750	1 821	1 888."

5. § 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die monatlichen Freibeträge nach § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes betragen für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966 DM	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968 DM	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969 DM	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969 DM	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970 DM	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971 DM	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972 DM
den unverheirateten Verfolgten	415	430	447	468	505	566	611
den verheirateten Verfolgten	520	540	562	589	636	712	769
jedes nach dem bis zum 31. 12. 1974 geltenden Beamtenrecht kinder- zuschlagsberechtigte Kind	42	45	47	49	53	59	64

	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973 DM	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974 DM	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976 DM	vom 1. 2. 1976 bis 31. 1. 1977 DM	vom 1. 2. 1977 bis 28. 2. 1978 DM	ab 1. 3. 1978 DM
den unverheirateten Verfolgten	669	749	794	834	876	915
den verheirateten Verfolgten	842	943	1 000	1 050	1 103	1 153
jedes nach dem bis zum 31. 12. 1974 geltenden Beamtenrecht kinder- zuschlagsberechtigte Kind	70	78	83	87	91	95."

6. § 35 Abs. 3 bis 5 erhält folgende Fassung:

„(3) Im Falle des § 97 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes werden die in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge für die Witwe oder den Witwer durch folgende Beträge ersetzt:

bis 31. Dezember 1960	260 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971	514 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	310 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972	555 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	360 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	608 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	375 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	681 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	390 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	722 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	406 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	758 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	425 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	796 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	459 Deutsche Mark,	ab 1. März 1978	832 Deutsche Mark.

Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind, für das nach dem bis zum 31. Dezember 1974 geltenden Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können,

bis 31. Dezember 1960 um	20 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971 um	59 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964 um	30 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972 um	64 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965 um	40 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973 um	70 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966 um	42 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974 um	78 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968 um	45 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976 um	83 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969 um	47 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977 um	87 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969 um	49 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978 um	91 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970 um	53 Deutsche Mark,	ab 1. März 1978 um	95 Deutsche Mark.

(4) Haben neben der Witwe oder dem Witwer auch Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	100 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971	185 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	110 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972	200 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	130 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	219 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	135 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	245 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	140 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	260 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	146 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	273 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	153 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	287 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	165 Deutsche Mark,	ab 1. März 1978	300 Deutsche Mark.

(5) Haben nur die Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in Absatz 4 genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	120 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971	243 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	140 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972	262 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	170 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	287 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	177 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	321 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	185 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	340 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	192 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1977	357 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	201 Deutsche Mark,	bis 28. Februar 1978	375 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1970	217 Deutsche Mark,	ab 1. März 1978	392 Deutsche Mark."

7. § 38 a erhält folgende Fassung:

„§ 38 a

(1) Der Monatsbetrag der Rente nach § 156 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM	ab 1. 7. 1968 DM	ab 1. 4. 1969 DM	ab 1. 9. 1969 DM	ab 1. 1. 1971 DM	ab 1. 1. 1972 DM	ab 1. 1. 1973 DM	ab 1. 1. 1974 DM	ab 1. 1. 1975 DM	ab 1. 2. 1976 DM	ab 1. 2. 1977 DM	ab 1. 3. 1978 DM
260	270	281	294	318	356	384	420	470	498	523	549	574

(2) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 1 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM	ab 1. 7. 1968 DM	ab 1. 4. 1969 DM	ab 1. 9. 1969 DM	ab 1. 1. 1971 DM	ab 1. 1. 1972 DM	ab 1. 1. 1973 DM	ab 1. 1. 1974 DM	ab 1. 1. 1975 DM	ab 1. 2. 1976 DM	ab 1. 2. 1977 DM	ab 1. 3. 1978 DM
198	206	214	224	242	271	293	321	360	382	401	421	440

(3) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM	ab 1. 7. 1968 DM	ab 1. 4. 1969 DM	ab 1. 9. 1969 DM	ab 1. 1. 1971 DM	ab 1. 1. 1972 DM	ab 1. 1. 1973 DM	ab 1. 1. 1974 DM	ab 1. 1. 1975 DM	ab 1. 2. 1976 DM	ab 1. 2. 1977 DM	ab 1. 3. 1978 DM
99	103	107	112	121	136	147	161	180	191	201	211	221."

8. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu den §§ 15 und 17) erhält folgende Fassung:

„Anlage 4
zu den §§ 15 und 17 der 3. DV-BEG

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
	bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	6 247	6 584	7 258	7 426

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
	bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
	bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
	bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
	bis 31. 3. 1969	7 730	8 589	9 020	9 448

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
	bis 31. 1. 1977	17 823	19 346	20 107
	bis 28. 2. 1978	18 743	20 346	21 148
	ab 1. 3. 1978	19 566	21 241	22 079

2. Mittlerer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
	bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
	bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
	bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
	bis 31. 8. 1965	7 538	8 761	9 371	9 853

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
bis 31. 3. 1969	9 166	10 259	10 806	11 353

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
bis 31. 1. 1977	20 620	23 778	25 357
bis 28. 2. 1978	21 675	25 004	26 668
ab 1. 3. 1978	22 611	26 086	27 823

3. Gehobener Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
bis 31. 8. 1965	10 257	12 551	14 209	15 050

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
bis 31. 3. 1969	12 925	14 956	15 971	16 985

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939
bis 31. 1. 1977	26 040	30 133	32 180
bis 28. 2. 1978	27 286	31 525	33 645
ab 1. 3. 1978	28 416	32 802	34 995

4. Höherer Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 55. Lebensjahr DM
Erreichbare Dienstbezüge				
bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
bis 31. 8. 1965	14 012	18 013	22 274	24 084
bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 860	24 720
bis 31. 3. 1969	18 403	20 963	24 695	25 585

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 50. Lebensjahr DM
bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
bis 31. 1. 1977	33 775	38 759	41 252	43 744
bis 28. 2. 1978	35 347	40 439	42 984	45 530
ab 1. 3. 1978	36 708	41 948	44 569	47 189."

9. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 c zu § 22) erhält folgende Fassung:

„Anlage 5 c
zu § 22 der 3. DV-BEG

Besoldungsübersicht

Rente

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr DM	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr DM	Ab vollendetem 45. Lebensjahr DM
1. Einfacher Dienst				
1. Diensteinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
	bis 31. 1. 1977	17 823	19 346	20 107
	bis 28. 2. 1978	18 743	20 346	21 148
	ab 1. 3. 1978	19 566	21 241	22 079
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 123	6 685	7 919
	bis 31. 12. 1970	4 638	7 483	8 844
	bis 31. 12. 1971	5 182	8 319	9 811
	bis 31. 12. 1972	5 650	9 030	10 631
	bis 31. 12. 1973	6 250	9 952	11 695
	bis 31. 12. 1974	7 154	11 272	13 185
	bis 31. 1. 1976	7 583	11 948	13 977
	bis 31. 1. 1977	8 020	12 575	14 678
	bis 28. 2. 1978	8 434	13 225	15 438
	ab 1. 3. 1978	8 805	13 807	16 118
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	2 748	4 452	5 280
	bis 31. 12. 1970	3 096	4 992	5 892
	bis 31. 12. 1971	3 456	5 544	6 540
	bis 31. 12. 1972	3 768	6 024	7 092
	bis 31. 12. 1973	4 164	6 636	7 800
	bis 31. 12. 1974	4 764	7 512	8 796
	bis 31. 1. 1976	5 052	7 968	9 324
	bis 31. 1. 1977	5 352	8 388	9 780
	bis 28. 2. 1978	5 628	8 820	10 296
	ab 1. 3. 1978	5 868	9 204	10 740
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	229	371	440
	bis 31. 12. 1970	258	416	491
	bis 31. 12. 1971	288	462	545
	bis 31. 12. 1972	314	502	591
	bis 31. 12. 1973	347	553	650
	bis 31. 12. 1974	397	626	733
	bis 31. 1. 1976	421	664	777
	bis 31. 1. 1977	446	699	815
	bis 28. 2. 1978	469	735	858
	ab 1. 3. 1978	489	767	895
2. Mittlerer Dienst				
1. Diensteinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
	bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
	bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
	bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
	bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
	bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum	Bis zum	Ab
		vollendeten 35. Lebensjahr	vollendeten 45. Lebensjahr	vollendetem 45. Lebensjahr
		DM	DM	DM
	bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
	bis 31. 1. 1977	20 620	23 778	25 357
	bis 28. 2. 1978	21 675	25 004	26 668
	ab 1. 3. 1978	22 611	26 086	27 823
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 793	8 213	9 949
	bis 31. 12. 1970	5 358	9 127	11 029
	bis 31. 12. 1971	6 138	10 540	12 779
	bis 31. 12. 1972	6 702	11 426	13 811
	bis 31. 12. 1973	7 394	12 531	15 113
	bis 31. 12. 1974	8 324	13 928	16 710
	bis 31. 1. 1976	8 824	14 763	17 713
	bis 31. 1. 1977	9 279	15 456	18 511
	bis 28. 2. 1978	9 754	16 253	19 468
	ab 1. 3. 1978	10 175	16 956	20 311
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	3 192	5 472	6 636
	bis 31. 12. 1970	3 576	6 084	7 356
	bis 31. 12. 1971	4 092	7 032	8 520
	bis 31. 12. 1972	4 464	7 620	9 204
	bis 31. 12. 1973	4 932	8 352	10 080
	bis 31. 12. 1974	5 544	9 288	11 136
	bis 31. 1. 1976	5 880	9 840	11 808
	bis 31. 1. 1977	6 192	10 308	12 336
	bis 28. 2. 1978	6 504	10 836	12 984
	ab 1. 3. 1978	6 780	11 304	13 536
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	266	456	553
	bis 31. 12. 1970	298	507	613
	bis 31. 12. 1971	341	586	710
	bis 31. 12. 1972	372	635	767
	bis 31. 12. 1973	411	696	840
	bis 31. 12. 1974	462	774	928
	bis 31. 1. 1976	490	820	984
	bis 31. 1. 1977	516	859	1 028
	bis 28. 2. 1978	542	903	1 082
	ab 1. 3. 1978	565	942	1 128
3. Gehobener Dienst				
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
	bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
	bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
	bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
	bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
	bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
	bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939
	bis 31. 1. 1977	26 040	30 133	32 180
	bis 28. 2. 1978	27 286	31 525	33 645
	ab 1. 3. 1978	28 416	32 802	34 995
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	6 620	11 435	13 893
	bis 31. 12. 1970	7 243	12 435	15 074
	bis 31. 12. 1971	8 027	13 634	16 457
	bis 31. 12. 1972	8 730	14 721	17 716
	bis 31. 12. 1973	9 572	16 052	19 277
	bis 31. 12. 1974	10 610	17 757	21 307
	bis 31. 1. 1976	11 246	18 822	22 585
	bis 31. 1. 1977	11 718	19 586	23 491
	bis 28. 2. 1978	12 279	20 491	24 561
	ab 1. 3. 1978	12 787	21 321	25 546

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
		DM	DM	DM
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 416	7 620	9 264
	bis 31. 12. 1970	4 824	8 292	10 044
	bis 31. 12. 1971	5 352	9 096	10 968
	bis 31. 12. 1972	5 820	9 816	11 808
	bis 31. 12. 1973	6 384	10 704	12 852
	bis 31. 12. 1974	7 068	11 844	14 208
	bis 31. 1. 1976	7 500	12 552	15 060
	bis 31. 1. 1977	7 812	13 056	15 660
	bis 28. 2. 1978	8 184	13 656	16 380
	ab 1. 3. 1978	8 520	14 220	17 028
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	368	635	772
	bis 31. 12. 1970	402	691	837
	bis 31. 12. 1971	446	758	914
	bis 31. 12. 1972	485	818	984
	bis 31. 12. 1973	532	892	1 071
	bis 31. 12. 1974	589	987	1 184
	bis 31. 1. 1976	625	1 046	1 255
	bis 31. 1. 1977	651	1 088	1 305
	bis 28. 2. 1978	682	1 138	1 365
	ab 1. 3. 1978	710	1 185	1 419

Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
DM	DM	DM	DM

4. Höherer Dienst

1. Dienststeinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
	bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
	bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
	bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
	bis 31. 1. 1977	33 775	38 759	41 252	43 744
	bis 28. 2. 1978	35 347	40 439	42 984	45 530
	ab 1. 3. 1978	36 708	41 948	44 569	47 189
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	7 013	12 852	18 275	20 016
	bis 31. 12. 1970	7 565	13 798	19 582	21 420
	bis 31. 12. 1971	8 462	15 648	21 106	23 561
	bis 31. 12. 1972	9 039	16 549	22 232	24 734
	bis 31. 12. 1973	9 795	17 809	23 858	26 479
	bis 31. 12. 1974	10 764	19 495	26 075	28 898
	bis 31. 1. 1976	11 363	20 517	27 410	30 343
	bis 31. 1. 1977	11 821	21 317	28 464	31 496
	bis 28. 2. 1978	12 372	22 242	29 659	32 782
	ab 1. 3. 1978	12 848	23 071	30 753	33 976
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 680	8 568	12 180	13 344
	bis 31. 12. 1970	5 040	9 204	13 056	14 280
	bis 31. 12. 1971	5 640	10 440	14 076	15 708
	bis 31. 12. 1972	6 024	11 028	14 820	16 488
	bis 31. 12. 1973	6 528	11 868	15 900	17 652
	bis 31. 12. 1974	7 176	12 996	17 388	19 260
	bis 31. 1. 1976	7 572	13 680	18 276	20 232
	bis 31. 1. 1977	7 884	14 208	18 972	21 000
	bis 28. 2. 1978	8 244	14 832	19 776	21 852
	ab 1. 3. 1978	8 568	15 384	20 508	22 656

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum	Bis zum	Bis zum	Ab
		vollendeten 35. Lebensjahr	vollendeten 45. Lebensjahr	vollendeten 50. Lebensjahr	vollendetem 50. Lebensjahr
		DM	DM	DM	DM
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	390	714	1 015	1 112
	bis 31. 12. 1970	420	767	1 088	1 190
	bis 31. 12. 1971	470	870	1 173	1 309
	bis 31. 12. 1972	502	919	1 235	1 374
	bis 31. 12. 1973	544	989	1 325	1 471
	bis 31. 12. 1974	598	1 083	1 449	1 605
	bis 31. 1. 1976	631	1 140	1 523	1 686
	bis 31. 1. 1977	657	1 184	1 581	1 750
	bis 28. 2. 1978	687	1 236	1 648	1 821
	ab 1. 3. 1978	714	1 282	1 709	1 888."

Artikel 4

Übergangsvorschriften

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer vor Verkündung dieser Verordnung ergangenen Entscheidung steht einer erneuten Entscheidung auf Grund dieser Verordnung nicht entgegen.

(2) Bei Leistungsverbesserungen für laufende Renten auf Grund der Änderungen in den Artikeln 1 bis 3 dieser Verordnung bedarf es eines neuen Antrages nicht.

(3) Bei der erneuten Entscheidung über den Anspruch sind die Entschädigungsorgane an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, auf denen der vor Verkündung dieser Verordnung ergangene unanfechtbare Bescheid oder die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung beruht.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden entsprechende Anwendung, soweit die Ansprüche vor Verkündung dieser Verordnung durch Vergleich oder Abfindung geregelt worden sind, es sei denn, daß ausdrücklich eine Berücksichtigung künftiger Leistungsverbesserungen ausgeschlossen worden ist.

(5) Soweit vor Verkündung dieser Verordnung Ansprüche von Berechtigten durch unanfechtbaren Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bewenden.

Artikel 5

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 240 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. März 1978 in Kraft.

Bonn, den 23. Mai 1979

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

**Achte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die von den Krankenkassen
den freiberuflich tätigen Hebammen für Hebammenhilfe zu zahlenden Gebühren**

Vom 23. Mai 1979

Auf Grund des § 376a Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 820-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt gemäß § 1 der Ersten Zuständigkeitsanpassungs-Verordnung vom 27. September 1977 (BGBl. I S. 1869) geändert worden ist, wird nach Mitwirkung der Verbände der Krankenkassen, der Ersatzkassen und der Hebammen mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die von den Krankenkassen den freiberuflich tätigen Hebammen für Hebammenhilfe zu zahlenden Gebühren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2124-2-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 12. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2565), wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Die Krankenkassen (Ersatzkassen) haben für die zu gewährende Hebammenhilfe folgende Gebühren zu zahlen:

	A Haus- entbindung DM	B Anstalts- entbindung DM
a) für die Hilfe bei der vollendeten Entbindung ohne Rücksicht auf die Dauer des Bestandes und die Schwierigkeit der Entbindung	293,-	228,-
bei einer Zwillingsentbindung	328,-	256,-
bei einer Entbindung von Drillingen und mehr Kindern	365,-	275,-
b) für die Hilfe bei einer Fehlgeburt (einschließlich Blasenmole)	129,-	111,-

Für die Untersuchung des Säuglings und die Eintragung der Befunde im Untersuchungsheft für Kinder nach den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Früherken-

nung von Krankheiten bei Kindern bis zur Vollendung des vierten Lebensjahres (Kinderrichtlinien) in der Neufassung vom 26. April 1976 (bekanntgemacht in der Beilage Nr. 28/76 zum Bundesanzeiger Nr. 214 vom 11. November 1976) erhält die Hebamme zusätzlich zu der Gebühr nach Buchstabe a 5,- DM pro Kind."

2. In § 3 Abs. 3 Satz 1 wird die Zahl „9,50“ durch die Zahl „12,-“ ersetzt.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Hilfeleistungen bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei Wehen, die vor der Geburt (Fehlgeburt) und nicht in zeitlichem Zusammenhang mit ihr auftreten, sowie alle damit verbundenen Verrichtungen sind der Hebamme wie folgt zu vergüten:

a) in der Wohnung der Hebamme	9,90 DM,
b) außerhalb der Wohnung der Hebamme, für jede Stunde	9,90 DM,
an Sonn- und Feiertagen und bei Nacht	21,00 DM.

b) In Absatz 3 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „vierundzwanzig“ durch das Wort „achtzehn“ ersetzt.

c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Für ärztlich angeordnete Tag- und Nachtwachen nach der Entbindung sind zu zahlen:
für eine Tagwache 40,80 DM,
für eine Nachtwache 59,60 DM,
für eine Tag- und Nachtwache 83,60 DM.“

4. § 4a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Zahl „5,30“ durch die Zahl „5,50“ ersetzt.

b) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „einmal“ durch das Wort „dreimal“ ersetzt.

c) In Absatz 2 Satz 1 wird die Zahl „8,-“ durch die Zahl „8,40“ ersetzt.

d) In Absatz 4 Satz 1 und 5 wird jeweils die Zahl „6,40“ durch die Zahl „6,70“ ersetzt.

e) In Absatz 4 Satz 4 wird das Wort „fünfzehn“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

5. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Buchstabe b Satz 1 wird die Zahl „7,50“ durch die Zahl „9,00“ ersetzt.
- b) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Dies gilt nicht,
 - a) wenn die Wegegebühren anfallen aus Anlaß eines festen, planmäßigen Schichtdienstes mehrerer Hebammen in einem Krankenhaus oder einer Entbindungsanstalt oder
 - b) wenn die Zuziehung der anderen Hebamme nach der besonderen Lage des Falles gerechtfertigt war.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 5 § 2 des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt vorbehaltlich der Regelung des Satzes 3 mit Wirkung vom 1. Januar 1979 in Kraft. Sie findet Anwendung für die Vergütung der Hilfeleistungen bei allen nach dem 31. Dezember 1978 erfolgten Geburten und Fehlgeburten. Artikel 1 Nr. 4 Buchstabe e tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 23. Mai 1979

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

**Erste Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen
Vom 25. Mai 1979**

Auf Grund des § 47 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung des Artikels I des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 25. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Die Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen vom 26. April 1976 (BGBl. I S. 1101) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Dienst zu ungünstigen Zeiten ist der Dienst

1. an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen,
2. an Samstagen nach 13.00 Uhr,
3. an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12.00 Uhr; dies gilt auch für den 24. und 31. Dezember jedes Jahres, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen,
4. an den übrigen Tagen in der Zeit zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr.“

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Zulagefähig sind nur Zeiten einer tatsächlichen Dienstausbübung; Bereitschaftsdienst, der zu ungünstigen Zeiten geleistet wird, ist voll zu berücksichtigen.“

c) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) Zum Dienst zu ungünstigen Zeiten gehören nicht der Wachdienst, der Dienst während Übungen, der Dienst auf Feuerschiffen, Reisezeiten bei Dienstreisen und die Rufbereitschaft.

(5) Rufbereitschaft im Sinne von Absatz 4 ist das Bereithalten des hierzu Verpflichteten in seiner Häuslichkeit (Hausrufbereitschaft) oder das Bereithalten an einem von ihm anzuzeigenden

den und dienstlich genehmigten Ort seiner Wahl (Wahlrufbereitschaft), um bei Bedarf zu Dienstleistungen sofort abgerufen werden zu können. Beim Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft gilt als Häuslichkeit die Gemeinschaftsunterkunft.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Zulage beträgt in den Fällen

1. des § 3 Abs. 2 Nr. 1 und 3
1,25 Deutsche Mark je Stunde,
2. des § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 4
0,75 Deutsche Mark je Stunde.“

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Zulage ist für volle Stunden zu gewähren; § 3 Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend. Bei unterschiedlichen Zulagesätzen sind Zeiten mit höherem Zulagesatz zusammenzuzählen, entsprechend § 3 Abs. 1 letzter Satz zu runden und nach Absatz 1 Nr. 1 abzugelten. Die Gesamtstundenzahl nach Satz 1 abzüglich der Stundenzahl nach Satz 2 ergibt die Zahl der Stunden, die nach Absatz 1 Nr. 2 abzugelten sind.“

3. § 8 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „2,97 Deutsche Mark“ durch die Worte „3,33 Deutsche Mark“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 werden in Satz 1 die Worte „12,88 Deutsche Mark“ durch die Worte „14,43 Deutsche Mark“
„15,68 Deutsche Mark“ durch die Worte „17,56 Deutsche Mark“
„19,60 Deutsche Mark“ durch die Worte „21,95 Deutsche Mark“
„25,20 Deutsche Mark“ durch die Worte „28,22 Deutsche Mark“
und in Satz 2 die Worte „5,60 Deutsche Mark“ durch die Worte „6,27 Deutsche Mark“ ersetzt.

4 Nach § 23 wird folgender Titel eingefügt:

„5. Titel

Zulage für Polizeivollzugsbeamte für besondere
polizeiliche Einsätze

§ 23a

Allgemeine Voraussetzungen und Höhe der Zulage

(1) Polizeivollzugsbeamte, die in einem Verband des Bundesgrenzschutzes oder in einem Polizeiverband der Länder für besondere polizeiliche Einsätze verwendet werden, erhalten eine Zulage in Höhe von 200 Deutsche Mark monatlich.

(2) Die Zulage wird nicht neben einer Stellenzulage nach den Vorbemerkungen Nr. 6 und 8 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes gewährt. Neben einer Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 7 zu den Bun-

desbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes wird die Zulage nur gewährt, soweit sie unter Hinzurechnung der Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 9 den Betrag der Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nr. 7 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes übersteigt."

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 82 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.

Bonn, den 25. Mai 1979

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister des Innern
Baum

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Auf Grund des § 15 Abs. 4 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1976 (BGBl. I S. 989) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Die Verordnung über die Förderungshöchstdauer für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen vom 9. November 1972 (BGBl. I S. 2076), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 18. Juli 1977 (BGBl. I S. 1309), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Die Nummern 1 und 3 werden gestrichen.
- b) Nummer 2 wird neu belegt und erhält folgende Fassung:
 „2. der Verkehrsfliegerschule Bremen der Deutschen Lufthansa AG für die Ausbildung zum Berufsflugzeugführer 2. Klasse mit Instrumentenflugberechtigung 5“.
- c) Nummer 7 erhält folgende Fassung:
 „7. der Kirchenmusikschule in Esslingen
 Fachrichtung Kirchenmusik A-Ausbildung 9
 Fachrichtung Kirchenmusik B-Ausbildung 7“.
- d) Nummer 8 erhält folgende Fassung:
 „8. dem Evangelischen Kirchenmusikalischen Institut in Heidelberg
 Fachrichtung Kirchenmusik A-Ausbildung 9
 Fachrichtung Kirchenmusik B-Ausbildung 7“.
- e) Nach Nummer 16 wird folgende Nummer 17 angefügt:
 „17. der Kirchenmusikschule in Rottenburg
 Fachrichtung Kirchenmusik
 Ausbildung 7“.

2. § 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Nummer 8 werden folgende Nummern 9 und 10 angefügt:
 „9. Fachakademien für Wirtschaft im Land Bayern 4
 10. Trainerakademie Köln e. V. 3“.
- b) Satz 2 erhält folgende Fassung:
 „Die Förderungshöchstdauer für die Ausbildung an Fachakademien für Musik im Land Bayern in den nicht in Satz 1 genannten Fachrichtungen und für die Ausbildung am Hamburger Konservatorium richtet sich nach § 4 Abs. 2 und 3.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Fachhochschulen“ die Wörter „einschließlich der entsprechenden anwendungsbezogenen Studiengänge an Gesamthochschulen“ eingefügt.
 bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:
 „Abweichend von Satz 1 beträgt die Förderungshöchstdauer
 1. für die Ingenieurausbildung in den Studiengängen Physikalische Technik und Informationstechnik an der Staatlich anerkannten Fachhochschule für Physikalische Technik und Informationstechnik in Wedel acht Semester
 2. für die Ausbildung im Diplomstudiengang Medizinische Informatik an der Fachhochschule Heilbronn zehn Semester.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 aa) Vor Nummer 1 wird folgende Nummer 01 eingefügt:
 „01. Architektur 3“.
 bb) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 5 a eingefügt:
 „5. a Innenarchitektur 3“.
 cc) Nach Nummer 19 wird folgende Nummer 20 angefügt:
 „20. Technologie in den Tropen 3“.

Nr. 26 — Tag der Ausgabe: Bonn, den 31. Mai 1979

- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 2 wird nach den Wörtern „Baden-Württemberg“ das Wort „, Niedersachsen“ eingefügt.
- bb) Die Nummern 3 und 4 werden durch folgende Nummer 3 ersetzt:
 „3. Grafik-Design in Hildesheim und Industrie-Design in Hannover 9“.
- d) Absatz 4 wird gestrichen.
4. § 4 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Nummer 8 wird neu belegt und erhält folgende Fassung:
 „8. Industrial Design an der Hochschule der Künste Berlin 7“.
- bb) Nach Nummer 11 werden folgende Nummern 12 bis 14 angefügt:
- „12. Künstlerweiterbildung an der Hochschule der Künste Berlin 2
 13. Zusatzausbildung zum Diplom-Designer, soweit der Auszubildende in der Fachrichtung Industrial Design die Erste Abschlußprüfung abgelegt hat, im Land Berlin 5
 14. Diplom-Designer an der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig 10“.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In den Nummern 1 und 2 wird das Wort „Ballett“ durch das Wort „Tanzerziehung“ ersetzt.
- bb) In Nummer 10 wird die Zahl „9“ durch die Zahl „10“ ersetzt.
- cc) Nummer 11 wird gestrichen.
- dd) Nach Nummer 18 wird folgende Nummer 18 a eingefügt:
 „18. a Lehramt Musik für die Sekundarstufe I mit einem wissenschaftlichen Unterrichtsfach im Land Nordrhein-Westfalen 9“.
- ee) Nummer 21 erhält folgende Fassung:
 „21. Lehramt Musik für die Sekundarstufe II mit einem wissenschaftlichen Unterrichtsfach im Land Nordrhein-Westfalen 12“.
- ff) Die Nummern 21 a, 24 und 25 werden gestrichen.
- gg) In den Nummern 26, 27 und 28 wird das Wort „Privatmusiklehrausbildung“ durch das Wort „Musiklehrausbildung“ ersetzt.
- hh) In Nummer 27 wird nach dem Wort „Hamburg,“ das Wort „Niedersachsen,“ eingefügt.
- ii) In Nummer 28 wird die Zahl „8“ durch die Zahl „10“ ersetzt.
- jj) Nummer 31 wird gestrichen.
- kk) Nummer 34 erhält folgende Fassung:
 „34. Lehrer für Bühnentanz in Niedersachsen 12“.
- ll) In Nummer 35 werden die Wörter „und Niedersachsen“ gestrichen.
- mm) Nach Nummer 37 wird folgende Nummer 38 angefügt:
 „38. Zusatzausbildung im Fach Musiktherapie im Land Nordrhein-Westfalen 3“.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „aufgenommen“ die Wörter „oder zur Vorbereitung auf das Konzertexamen zugelassen“ eingefügt.
5. § 5 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 werden an das Wort „Agrarwissenschaft“ die Wörter „einschließlich Agrarbiologie“ angefügt.
- bb) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1 a eingefügt:
 „1. a Angewandte Informatik 9“.
- cc) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „Diplom-Chemiker“ die Wörter „, Diplom-Mathematiker“ eingefügt und die Zahl „4“ durch die Zahl „5“ ersetzt.
- dd) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 3 a eingefügt:
 „3. a Astronomie 11“.
- ee) Nach Nummer 16 werden folgende Nummern 16 a bis 16 c eingefügt:
 „16. a Diplom-Dolmetscher/
 Diplom-Übersetzer im Saarland 10
 16. b Diplom-Dolmetscher/
 Diplom-Übersetzer am Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Mainz 9
 16. c Diplom-Dolmetscher/
 Diplom-Übersetzer an der Universität Heidelberg 9“.
- ff) Nach Nummer 28 a wird folgende Nummer 28 b eingefügt:
 „28. b Industrial Design 10“.
- gg) Nach Nummer 29 werden folgende Nummern 29 a und 29 b eingefügt:
 „29. a Internationale Agrarentwicklung 10
 29. b Journalistik 8“.
- hh) Nach Nummer 31 b werden folgende Nummern 31 c und 31 d eingefügt:
 „31. c Kommunikationsdesign 10
 31. d Landschaftsplanung 9“.

- ii) Nach Nummer 35 wird folgende Nummer 35 a eingefügt:
„35. a Luft- und Raumfahrttechnik 10“.
- jj) In Nummer 36 erhält der Klammerzusatz folgende Fassung:
„(einschließlich Schiffbau)“.
- kk) In Nummer 38 wird die Zahl „13“ durch die Zahl „14“ ersetzt.
- ll) Nach Nummer 42 wird folgende Nummer 42 a eingefügt:
„42. a Musikschullehrer und selbständiger Musiklehrer an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz 7“.
- mm) Nummer 48 a wird gestrichen.
- nn) Nach Nummer 51 a wird folgende Nummer 51 b eingefügt:
„51. b Raum- und Umweltplanung 10“.
- oo) Nach Nummer 52 werden folgende Nummern 52 a bis 52 c eingefügt:
„52. a Einstufige Juristenausbildung im Land Baden-Württemberg
aa) vor der Phase der Studienpraxis 7
bb) nach der Phase der Studienpraxis, soweit diese in sechs Fachsemestern erreicht worden ist 3,
im übrigen 2
52. b Einstufige Juristenausbildung im Land Bremen 7
52. c Einstufige Juristenausbildung im Land Hamburg (erster Studienabschnitt) 7“.
- pp) Nach Nummer 56 wird folgende Nummer 56 a eingefügt:
„56. a Übersetzer, akademisch geprüft 7“.
- qq) Nach Nummer 62 wird folgende Nummer 62 a eingefügt:
„62. a Wirtschaftsinformatik 10“.
- rr) Nach Nummer 63 a werden folgende Nummern 63 b und 63 c eingefügt:
„63. b Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 9
63. c Wirtschaftsmathematik 10“.
- ss) Nach Nummer 68 Buchstabe e wird folgender Buchstabe f eingefügt:
„f) Aufbaustudiengang Kommunikationswissenschaften an der Universität Hohenheim 4“.
- tt) Nach Nummer 71 werden folgende Nummern 72 bis 79 angefügt:
„72. Zusatzausbildung Internationale Agrarentwicklung 5
73. Zusatzausbildung Supervision (Diplom-Supervisor für soziale Berufe) an der Gesamthochschule Kassel 4
74. Aufbaustudium der Agrarwissenschaften der Tropen und Subtropen an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität-Göttingen 4
75. Magisterstudiengang (Zusatzausbildung) an der Abteilung Landau der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz 6
76. Ergänzungsstudium oder Vertiefungsstudium der Wirtschaftswissenschaften an der Gesamthochschule Kassel 2
77. Aufbaustudiengang Biomedizinische Technik an der Medizinischen Hochschule Hannover 4
78. Aufbaustudiengang an der Tierärztlichen Hochschule Hannover 4
79. Aufbaustudiengang an der Fakultät für Maschinenwesen der Technischen Universität Hannover 3“.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
aa) In Nummer 2 wird nach den Wörtern „Baden-Württemberg“ das Wort „, Hamburg“ eingefügt; das Wort „und“ wird gestrichen; nach dem Wort „Hessen“ werden die Wörter „und Rheinland-Pfalz“ eingefügt.
bb) In Nummer 3 wird die Zahl „7“ durch die Zahl „8“ ersetzt.
cc) Nummer 5 wird neu belegt und erhält folgende Fassung:
„5. Zusatzausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen landwirtschaftlicher, hauswirtschaftlicher oder nahrungsgewerblicher Fachrichtung im Land Hessen 1“.
- dd) In Nummer 10 wird nach den Wörtern „Rheinland-Pfalz“ das Wort „, Saarland“ eingefügt.
ee) In Nummer 17 c werden nach den Wörtern „Nordrhein-Westfalen“ die Wörter „und an der Universität Trier“ angefügt.
ff) Nummer 26 wird neu belegt und erhält folgende Fassung:
„26. Zusatzausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen gewerblich-technischer Fachrichtung an der Gesamthochschule Kassel 7“.

- gg) In Nummer 27 erhält der Klammerzusatz folgende Fassung:
„(Studienrichtungen „Schul- und Sonderpädagogik“)“.
- hh) Nach Nummer 27 wird folgende Nummer 27 a eingefügt:
„27. a Lehrer für Kinder mit fremder Muttersprache (Ergänzungsstudium) an der Abteilung Landau der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz und am Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Mainz 4“.
- ii) Nach Nummer 28 werden folgende Nummern 29 bis 35 angefügt:
- | | |
|--|-----|
| „29. Diplom-Aufbaustudiengang für Lehrer der Erwachsenenbildung im Land Baden-Württemberg | 3 |
| 30. Lehramt für die Grundstufe an der Gesamthochschule Kassel | 8 |
| 31. Lehramt für die Mittelstufe an der Gesamthochschule Kassel | 8 |
| 32. Zusatzausbildung für das erweiterte Lehramt für die Grundstufe an der Gesamthochschule Kassel | 2 |
| 33. Zusatzausbildung für das erweiterte Lehramt für die Mittelstufe an der Gesamthochschule Kassel | 2 |
| 34. Lehramt für die Mittelstufe und die Oberstufe an der Gesamthochschule Kassel | 10 |
| 35. Lehrkräfte für Kranken- und Kinderkrankenpflege im Land Berlin | 7“. |
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Wörter „Absatz 3“ werden durch die Wörter „Absatz 2“ ersetzt.
- bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:
„Absatz 2 Nr. 11 und 22 ist auch auf Ausbildungen anwendbar, die ganz oder teilweise an einer Kunst- oder Musikhochschule vollzogen werden.“
- d) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:
„(5) Wenn ein Studiengang Sprachkenntnisse außer in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch oder Latein voraussetzt und diese Kenntnisse von dem Auszubildenden während des Besuchs der Hochschule erworben werden, wird die Förderungshöchstdauer für jede Sprache um ein Semester verlängert.“
6. § 5 a wird wie folgt geändert:
- a) Die bisherige Fassung wird Absatz 1. Im zweiten Halbsatz werden die Wörter „, höchstens jedoch eine Förderungshöchstdauer von 10 Semestern“ gestrichen.
- b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:
„(2) Die Förderungshöchstdauer beträgt in dem integrierten
- | Studiengang | Semester |
|--|----------|
| Schiffbau A-Ausbildung im Land Hamburg | 8 |
| Schiffbau B-Ausbildung im Land Hamburg | 11 |
| Wirtschaftsingenieur im Land Hamburg | 10 |
| Musiktheater-Regie im Land Hamburg | 9“. |
7. Nach § 5 a wird folgender § 5 b eingefügt:
„§ 5 b
Praktische Studiensemester an Hochschulen
Von Auszubildenden an Hochschulen abzuleistende praktische Studiensemester gelten als Praktika und werden nicht auf die Förderungshöchstdauer angerechnet.“
8. In § 6 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 werden jeweils nach den Wörtern „§§ 1 bis 5 a“ die Wörter „und 7“ eingefügt.
9. § 10 wird gestrichen.

Artikel 2

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft kann die Verordnung über die Förderungshöchstdauer für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen in der vom Tage nach der Verkündung dieser Änderungsverordnung an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen und dabei die Paragraphen und ihre Untergliederungen mit durchlaufenden Ordnungszeichen versehen.

Artikel 3

Die Einbeziehung der „Freien Akademie für Erkenntnis und Gestaltung A. L. Merz — staatlich genehmigte Werkkunstschule“ in § 1 Abs. 2 Nr. 6 (Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe a der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Förderungshöchstdauer für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen vom 18. Juli 1977 [BGBl. I S. 1309]) gilt mit Wirkung vom 1. Oktober 1975.

Artikel 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 67 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 5

(1) Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe c tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1976 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb tritt hinsichtlich der Ingenieurausbildung an der Fachhochschule in Wedel mit Wirkung vom 1. August 1978 in Kraft.

(3) Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe a Doppelbuchstabe kk tritt mit Wirkung vom 1. August 1974 in Kraft.

(4) Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe a Doppelbuchstabe ss tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1977 in Kraft.

(5) Im übrigen tritt diese Verordnung am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 25. Mai 1979

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft
Schmude

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

**Berichtigung
der Neufassung der Approbationsordnung für Ärzte**

Vom 23. Mai 1979

Die Neufassung der Approbationsordnung für Ärzte vom 3. April 1979 (BGBl. I S. 425) ist wie folgt zu berichtigen:

Die Überschrift der Anlage 14 (zu § 27) muß richtig lauten:

„Zeugnis über den Ersten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung“.

Bonn, den 23. Mai 1979

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Im Auftrag
Schleicher

Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 22, ausgegeben am 26. Mai 1979

Tag	Inhalt	Seite
21. 5. 79	Gesetz zu dem Abkommen vom 2. August 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Syrien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	422
18. 5. 79	Elfte Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Anlagen A und B zu dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (11. Ausnahmeverordnung zum ADR — 11. ADR-AusnV)	430
30. 4. 79	Bekanntmachung der deutsch-britischen Vereinbarung über einen fortlaufenden Informationsaustausch über wichtige Fragen der Sicherheit von kerntechnischen Einrichtungen und die Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von Sicherheitsnormen	434
30. 4. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Elfenbeinküste über Finanzielle Zusammenarbeit ...	437
2. 5. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei	439
2. 5. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken	439
9. 5. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	440
9. 5. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Straßburger Abkommens über die Internationale Patentklassifikation	440
9. 5. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	441
10. 5. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Argentinischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischerei	441
14. 5. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik und des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik	444

Preis dieser Ausgabe: 2,90 DM (2,40 DM zuzüglich — 50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM.
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6%.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 - 509 oder gegen Vorausrechnung.

Nr. 23, ausgegeben am 29. Mai 1979

21. 5. 79	Gesetz zu dem Zollübereinkommen vom 14. November 1975 über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Übereinkommen 1975)	445
-----------	---	-----

Preis dieser Ausgabe: 10,90 DM (9,60 DM zuzüglich 1,30 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,40 DM.
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6%.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 - 509 oder gegen Vorausrechnung.

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
Vorschriften für die Agrarwirtschaft		
6. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 699/79 der Kommission zur dritten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2821/78 zur Regelung des Transfers von Magermilchpulver an die italienische Interventionsstelle durch die Interventionsstellen anderer Mitgliedstaaten	7. 4. 79	L 87/20
6. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 700/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 130/79 über die Beihilfe für konzentrierte Traubenmoste, die im Weinwirtschaftsjahr 1978/79 für die Weinbereitung verwendet werden	7. 4. 79	L 87/21
6. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 701/79 der Kommission über die nach Auftreten der Maul- und Klauenseuche in einigen französischen Departements zu treffenden Interventionsmaßnahmen für Rindfleisch	7. 4. 79	L 87/22
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 705/79 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 878/77 über die in der Landwirtschaft anzuwendenden Umrechnungskurse hinsichtlich der italienischen Lira	9. 4. 79	L 89/1
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 706/79 der Kommission zur Festlegung der Durchführungsvorschriften für die Verordnung (EWG) Nr. 652/79 über die Auswirkungen des Europäischen Währungssystems im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik	9. 4. 79	L 89/3
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 707/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1054/78 im Anschluß an die Festsetzung von neuen Umrechnungskursen für die Landwirtschaft in Frankreich, Irland, Italien und dem Vereinigten Königreich	9. 4. 79	L 89/7
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 708/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1380/75 über Durchführungsvorschriften für die Währungsausgleichsbeträge	9. 4. 79	L 89/9
10. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 740/79 der Kommission über den Verkauf von entbeintem Interventionsrindfleisch zu pauschal im voraus festgesetzten Preisen	12. 4. 79	L 93/32
11. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 742/79 der Kommission über eine Abweichung von der Verordnung (EWG) Nr. 216/69 hinsichtlich des Verlaufs von im Besitz der irischen Interventionsstelle befindlichem Rindfleisch gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1027/78	12. 4. 79	L 93/37
18. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 772/79 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2766/75 hinsichtlich des Pauschbetrags der allgemeinen Kosten zur Berechnung des Einschleusungspreises für geschlachtete Schweine	21. 4. 79	L 99/1
20. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 776/79 der Kommission zur zweiten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2793/77 über die Durchführungsbestimmungen für eine Sonderbeihilfe für Magermilch zur Fütterung von Tieren mit Ausnahme von jungen Kälbern	21. 4. 79	L 99/8

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
20. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 796/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 542/79 über den Verkauf von gefrorenem Rindfleisch, das sich im Besitz der italienischen Interventionsstelle befindet und zum unmittelbaren Verbrauch in der Gemeinschaft bestimmt ist, zu pauschal im voraus festgesetztem Preis	24. 4. 79	L 101/5
23. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 797/79 der Kommission zur Änderung der Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von Tafeläpfeln mit Ursprung in Chile	24. 4. 79	L 101/7
20. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 803/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2036/74 zur Festsetzung der Preise für den Verkauf zu herabgesetzten Preisen der von den Interventionsstellen gelagerten Hinterviertel von ausgewachsenen Rindern an soziale Einrichtungen	25. 4. 79	L 102/11
25. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 810/79 der Kommission zur Festsetzung der Koeffizienten, mit denen der für Tomatenmark und Trockenpflaumen festgesetzte Betrag der Produktionsbeihilfe und der für getrocknete Pflaumen (prunes d'Ente) festgesetzte Mindestpreis zu multiplizieren sind	26. 4. 79	L 104/11
26. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 827/79 der Kommission zur Festsetzung der Referenzpreise für Tomaten bis zum Abschluß des Wirtschaftsjahres 1979	27. 4. 79	L 105/20
26. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 828/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1687/76 zur Festlegung der gemeinsamen Durchführungsbestimmungen für die Überwachung der Verwendung und/oder Bestimmung von Erzeugnissen aus den Beständen der Interventionsstellen	27. 4. 79	L 105/22
25. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 830/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 142/79 über besondere Bestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung auf dem Schweinefleischsektor	27. 4. 79	L 105/28
2. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 875/79 der Kommission über die Durchführungsbestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung lagerfähiger Käsesorten im Milchwirtschaftsjahr 1979/80	3. 5. 79	L 110/11
2. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 876/79 der Kommission zur Aussetzung des Verbringens in den freien Verkehr in der Gemeinschaft von Pilzen in Salzlake mit Ursprung in Taiwan	3. 5. 79	L 110/13
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 883/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2960/77 über Einzelheiten des Verkaufs von Olivenöl aus Beständen der Interventionsstellen	4. 5. 79	L 111/16
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 884/79 der Kommission zur Anpassung der Abschöpfung bei Olivenöl	4. 5. 79	L 111/18
4. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 900/79 der Kommission zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Verordnung (EWG) Nr. 701/79 über die nach Auftreten der Maul- und Klauenseuche in einigen französischen Departements zu treffenden Interventionsmaßnahmen für Rindfleisch	5. 5. 79	L 112/14
7. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 904/79 der Kommission zur Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 517/79 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2073/74 und (EWG) Nr. 1027/78 hinsichtlich des Zeitpunkts der Übernahme des von den Interventionsstellen verkauften Rindfleisches und bestimmter Verkaufspreise	8. 5. 79	L 114/5
8. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 912/79 des Rates zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2511/69 und (EWG) Nr. 1035/72 hinsichtlich Zitronen und zur Festsetzung des finanziellen Ausgleichs für diese Erzeugnisse im Juni 1979	11. 5. 79	L 116/1

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
Andere Vorschriften		
5. 4. 79 Entscheidung Nr. 689/79/EGKS der Kommission zur weiteren Änderung der Entscheidung Nr. 527/78/EGKS betreffend ein Preisangleichungsverbot für Stahlangebote aus bestimmten dritten Ländern	6. 4. 79	L 86/21
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 715/79 des Rates zur teilweisen zeitweiligen Aussetzung des Zollsatzes für Frühkartoffeln der Tarifstelle 07.01 A II a) des Gemeinsamen Zolltarifs mit Ursprung in Zypern	11. 4. 79	L 92/1
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 719/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für bestimmtes Schaf- und Lammleder der Tarifstelle 41.03 B II, mit Ursprung in Indien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	11. 4. 79	L 92/8
9. 4. 79 Empfehlung Nr. 720/79/EGKS der Kommission über die Aufhebung des für Einfuhren von bestimmten Hämatitroheisen mit Ursprung in Brasilien eingeführten vorläufigen Antidumpingzolls	11. 4. 79	L 92/10
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 725/79 des Rates zur Festsetzung des Höchstbetrags der Beihilfe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1308/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung	12. 4. 79	L 93/1
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 726/79 des Rates zur Festsetzung des Höchstbetrags der Beihilfe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen	12. 4. 79	L 93/2
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 727/79 des Rates zur Durchführung — auf dem Gebiet der Sonnenenergie — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen	12. 4. 79	L 93/3
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 728/79 des Rates zur Durchführung — auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen	12. 4. 79	L 93/5
9. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 729/79 des Rates zur Durchführung — auf dem Gebiet der Erdwärme — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen	12. 4. 79	L 93/7
11. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 741/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Harnstoff der Tarifstelle 31.02 B, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	12. 4. 79	L 93/36
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 778/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Methylalkohol der Tarifstelle 29.04 A I, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/19
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 779/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Reifen, auswechselbare Überreifen, Luftschläuche und Felgenbänder, usw., der Tarifnummer ex 40.11, mit Ursprung in Jugoslawien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/20
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 780/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Gewebe aus Seide, Schappe-seide oder Bourretteseide, der Tarifnummer 50.09, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3157/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/22

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 781/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Baumwollgarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf, der Tarifstelle 55.05 A, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3157/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/23
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 782/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Gewebe aus künstlichen Spinnfasern der Tarifstelle 56.07 B, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3157/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/24
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 783/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Handschuhe aus Gewirken, weder gummielastisch noch kautschutiert, der Tarifnummer 60.02, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3157/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/25
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 784/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken der Tarifstellen 62.03 B I a), ex b) und ex II, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3157/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/26
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 785/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Messer mit schneidender oder gezahnter Klinge der Tarifnummer ex 82.09, mit Ursprung in Singapur, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/27
19. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 786/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für elektrische Blei-Akkumulatoren der Tarifstelle 85.04 A, mit Ursprung in Jugoslawien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	21. 4. 79	L 99/29
20. 4. 79 Empfehlung Nr. 787/79/EGKS der Kommission über die Aufhebung der für Einfuhren von bestimmten Eisen- und Stahlerzeugnissen mit Ursprung in Spanien eingeführten vorläufigen Antidumpingzölle	21. 4. 79	L 99/31
27. 4. 79 Verordnung (EWG) Nr. 841/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Handschuhe, einschließlich Fausthandschuhe, Schutzhandschuhe für alle Berufe, der Tarifstelle 42.03 B I, mit Ursprung in Hongkong, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	28. 4. 79	L 106/29
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 882/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 586/77 über Durchführungsbestimmungen für die Abschöpfungen auf dem Sektor Rindfleisch und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 950/68 über den Gemeinsamen Zolltarif	4. 5. 79	L 111/14
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 885/79 der Kommission über die Einreihung von Waren in Tarifstelle 75.03 B des Gemeinsamen Zolltarifs	4. 5. 79	L 111/19
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 886/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für bestimmtes Ziegen- und Zickelleder der Tarifstelle 41.04 B II, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	4. 5. 79	L 111/21
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 887/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Platten aus Fasern von Holz oder anderen pflanzlichen Stoffen der Tarifnummer 44.11, mit Ursprung in Brasilien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	4. 5. 79	L 111/22

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 888/79 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für Schlingengewebe (Frottiergewebe) aus Baumwolle der Tarifnummer 55.08, mit Ursprung in Indien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3157/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	4. 5. 79	L 111/24
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 889/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für künstliche Blumen, Blätter und Früchte sowie Teile davon, der Tarifnummer 67.02, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	4. 5. 79	L 111/25
3. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 890/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Messer mit schneidender oder gezahnter Klinge der Tarifnummer ex 82.09, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	4. 5. 79	L 111/26
7. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 910/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Dinoseb der Tarifstelle ex 29.07 C III, mit Ursprung in Rumänien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9. 5. 79	L 115/11
7. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 911/79 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Profile aus Stahl, usw., der Tarifstellen 73.11 A II, III, IV a) 2 und b), mit Ursprung in Rumänien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3156/78 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9. 5. 79	L 115/12
8. 5. 79 Verordnung (EWG) Nr. 913/79 des Rates zur Erhöhung des durch die Verordnung (EWG) Nr. 964/78 eröffneten Gemeinschaftszollkontingents für bestimmte Aale der Tarifstelle ex 03.01 A II des Gemeinsamen Zolltarifs	11. 5. 79	L 116/3

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gebörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,10 DM (3,60 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,60 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. • Postfach 13 20 • 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück • Z 5702 AX • Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 339. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 30. April 1979, ist im Bundesanzeiger Nr. 90 vom 15. Mai 1979 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 90 vom 15. Mai 1979 kann zum Preis von 2,25 DM (1,65 DM + 0,60 DM Versandkosten einschl. 6% Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.